

NIEDERSCHRIFT

über die 5. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 11.12.2006

Schriftführer:

Erhard Gössl
Matthias Scholl

Eröffnung und Begrüßung durch den stellvertretenden Vorsitzenden und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der stellvertretende Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Herr Hartmut Krau, eröffnete die Sitzung. Danach begrüßte er die erschienenen Mitglieder des Ausschusses, des Gemeindevorstandes sowie den Vertreter der Presse.

Anschließend stellte er die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Einwände gegen die Ladung und die Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Sitzungsprotokoll vom 13.11.2006

Gegen das o.a. Sitzungsprotokoll wurden innerhalb der festgelegten Frist keine Einwände erhoben. Das Protokoll ist damit genehmigt.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen des Bürgermeisters
2. Beratung und Beschlussfassung des Haushaltsplans 2007 mit allen Anlagen
3. Verschiedenes

Beratungsergebnisse, Empfehlungen, Beschlüsse

1. Mitteilungen des Bürgermeisters

a) Gutachten zur Angemessenheit der Höhe des Ermäßigungssatzes für Sonderstatusstädte

Bürgermeister Aurand erläuterte das Ergebnis der gutachterlichen Wertung. Die Gutachter kommen zu unterschiedlichen Wertungen in der Bandbreite der Ermäßigungssätze, ausgedrückt in Prozentsätzen, dargestellt in drei Szenarien unter Anwendung von Landkreis- / Einwohner – Schlüssel:

- Unter Zugrundelegung der dem Grunde nach unstreitigen Aufgaben beträgt die Bandbreite des Ermäßigungssatzes zwischen 30 und 37 Prozent (erstes Szenario).
- Unter Zugrundelegung der dem Grunde nach unstreitigen Aufgaben

und des öffentlichen Personennahverkehrs beträgt die Bandbreite des Ermäßigungssatzes zwischen 36 und 44 Prozent (zweites Szenario).

- Unter Zugrundelegung der dem Grunde nach unstreitigen Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs und der Schulträgerschaft beträgt die Bandbreite des Ermäßigungssatzes zwischen 43 und 51 Prozent (drittes Szenario).

Inzwischen zeichnet sich eine neue Entwicklung ab, die in Abstimmung mit dem LDK geprüft werden soll. Das Finanzausgleichsgesetz (FAG) lässt unter Anwendung der Öffnungsklausel zu, dass die seitherige Deckelung der Schulumlage von 8 v.H. aufgehoben wurde. Danach besteht die Möglichkeit, die Stadt Wetzlar zu einem höheren Betrag heranzuziehen, allerdings bei gleichzeitiger Senkung der Kreisumlage.

b) Voraussichtliche Hebesätze für Kreis- und Schulumlage 2007

Der Verwaltungsvorstand des Lahn-Dill-Kreises hat in der Sitzung am 14.11. 2006, den Vorentwurf des Haushaltsplans 2007 abschließend beraten. Danach sind für das Haushaltsjahr 2007 folgende Hebesätze für Kreis- und Schulumlage vorgesehen:

- | | | |
|---|---|------------|
| - Kreisumlage für die Stadt Wetzlar | = | 34,43 v.H. |
| - übrige Städte und Gemeinden | = | 40,44 v.H. |
| - Schulumlage für alle Städte und Gemeinden | = | 15,80 v.H. |

Für die Gemeinde Dietzhölztal ergeben sich dadurch keine Mehrausgaben.

2. Beratung und Beschlussfassung des Haushaltsplans 2007 mit allen Anlagen

Den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses lag der Entwurf der Haushaltssatzung mit allen Anlagen für das Haushaltsjahr 2007 zur Beratung vor. Zunächst wurde der Verwaltungshaushalt beraten:

a) Verwaltungshaushalt

Der stellvertretende Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Herr Hartmut Krau, stellte den Verwaltungshaushalt zur Aussprache und bat um Wortmeldungen. Die zu den Einzelplänen und Haushaltsansätzen gestellten Fragen wurden von Bürgermeister Aurand ausführlich beantwortet.

Seitens des Haupt- und Finanzausschusses wurden keine Änderungen im Verwaltungshaushalt vorgeschlagen.

Der vorliegende Entwurf des Verwaltungshaushaltes schließt in Einnahmen und Ausgaben mit jeweils 12.469.000,00 € ausgeglichen ab. Die Zuführung vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt beläuft sich auf 503.000,00 €.

Nach Abschluss der eingehenden Aussprache stimmte der Haupt- und Finanzausschuss dem vorliegenden Entwurf des Verwaltungshaushaltes mit 4 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen zu und empfahl der Gemeindevertretung die An-

nahme in der vorliegenden Fassung.

Nach der Beratung des Verwaltungshaushaltes wurde der Vermögenshaushalt beraten.

b) Vermögenshaushalt

Der stellvertretende Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Herr Hartmut Krau, stellte die im Vermögenshaushalt vorgesehenen Maßnahmen zur Aussprache. Die hierzu gestellten Fragen wurden von Herrn Bürgermeister Aurand ausführlich beantwortet.

Seitens des Ausschusses wurden keine Änderungen im Vermögenshaushalt vorgeschlagen.

Der vorliegende Entwurf des Vermögenshaushaltes sieht Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 984.000,00 € vor. Die Zuführung vom Verwaltungshaushalt beläuft sich auf 503.000,00 €. Die reinen Investitionen belaufen sich auf 889.000,00 €. Zur Mitfinanzierung des Vermögenshaushaltes ist eine Entnahme der Rücklage in Höhe von 359.000,00 € vorgesehen.

Die Haushaltssatzung 2007 sieht keine Kreditaufnahme vor. An Tilgungsleistungen an das Land und den Kreditmarkt sind insgesamt 94.480,73 € zu leisten, sodass sich am Ende des Haushaltsjahres ein voraussichtlicher Schuldenstand von 3.069.029,20 € ergibt.

Nach Abschluss der eingehenden Aussprache stimmte der Haupt- und Finanzausschuss mit 4 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen dem vorliegenden Entwurf des Vermögenshaushaltes zu und empfahl der Gemeindevertretung die Annahme in der vorliegenden Fassung.

Das Gesamtvolumen des Haushaltes 2007 beläuft sich auf 13.453.000,00 €. Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 2.000.000,00 € festgesetzt. Die Steuersätze werden gegenüber dem Jahr 2006 nicht geändert und betragen für die

Grundsteuer A	200 v.H.
Grundsteuer B	200 v.H.
Gewerbsteuer	310 v.H.

Nach dem Vermögenshaushalt wurde der Stellenplan beraten.

c) Stellenplan

Der Stellenplan 2007 sieht nachstehende Veränderungen mit finanzieller Auswirkung vor:

Teil B: Arbeitnehmer

Unterabschnitt 020 - Hauptverwaltung

a.) Anhebung einer vorhandenen Arbeitnehmerstelle von Entgeltgruppe 6

nach Entgeltgruppe 7, ab 01.01.2007

Unterabschnitt 560 - Eigene Sportstätten

a.) Neuschaffung einer Arbeitnehmerstelle nach Entgeltgruppe 4 (50%), ab 01.01.2007

Unterabschnitt 600 - Bauverwaltung

Unterabschnitt 815 - Wasserversorgung

a.) Umsetzung einer vorhandenen Arbeitnehmerstelle nach Entgeltgruppe 9 von Unterabschnitt 815 – Wasserversorgung nach Unterabschnitt 600 - Bauverwaltung, ab 01.01.2007.

Unterabschnitt 815 - Wasserversorgung

a.) Neuschaffung einer Arbeitnehmerstelle nach Entgeltgruppe 4, ab 01.02.2007.

Personalkosten

Die voraussichtlichen Personalkosten belaufen sich im Haushaltsjahr 2007 auf 1.887.400,00 €. Der Personalkostenanteil beträgt demnach ca. 14,03% am Gesamthaushalt und ca. 15,14% am Verwaltungshaushalt. Bei den Ansätzen sind die vorgesehenen Stellen-Neuschaffungen, die vorgeschlagenen Höhergruppierungen, eine tarifliche Einmalzahlung an die Arbeitnehmer in Höhe von 300,00 € sowie eine Erhöhung von 1% an die Arbeitnehmer eingeplant. Eine Anpassung an die Entwicklungsstufen ist ebenfalls in die Personalkosten aufgenommen.

Nach Abschluss der Aussprache stimmte der Haupt- und Finanzausschuss dem vorliegenden Entwurf des Stellenplans einstimmig zu und empfahl der Gemeindevertretung die Annahme in der vorliegenden Fassung.

Nach der Abstimmung über den Stellenplan wurde der Finanzplan und das Investitionsprogramm beraten.

d) Finanzplan und Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2008 – 2010

Den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses lag der Entwurf des Finanzplans und des Investitionsprogramms zur Beratung vor.

Gemäß § 101 HGO hat die Gemeinde der Hauswirtschaft eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen. Das 1. Planungsjahr der Finanzplanung ist

das laufende Haushaltsjahr. Im Finanzplan werden Umfang und Zusammensetzung der voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben dargestellt und im Investitionsprogramm die geplante Maßnahme ausgewiesen.

Die eingestellten Beträge können je nach Finanzentwicklung jederzeit geändert oder ergänzt werden.

Das Investitionsprogramm für den Programmzeitraum 2008 – 2010 sieht Investitionen in Höhe von 2.503.000,00 € vor und zwar:

2008 =	878.000,00 €
2009 =	813.000,00 €
2010 =	812.000,00 €

Die Zuführungen werden sich aller Voraussicht nach wie folgt entwickeln:

2008 =	623.000,00 €
2009 =	628.000,00 €
2010 =	627.000,00 €

Der Haupt- und Finanzausschuss empfahl einstimmig der Gemeindevertretung dem Entwurf des Finanzplans und des Investitionsprogramms in der vorliegenden Fassung zuzustimmen.

3. Verschiedenes

a) Aufstellung eines Halteverbots-Schildes beim Feuerwehrgerätehaus, OT Mandeln

Ausschussmitglied Karsten Krau bat um Aufstellung eines Halteverbotsschildes für Kraftfahrzeuge beim Feuerwehrgerätehaus, OT Mandeln.

Schriftführer

Stellvertretr. Vorsitzender